

Beschlussprotokoll vom 29.08.2024

Ausschuss „SOZIALES, BILDUNG, JUGEND, KULTUR, GESUNDHEIT, INNERES, SICHERHEIT“ (Beirat Neustadt)

als öffentliche Präsenzsitzung (Nr. 05/23-27) in der Mensa der Oberschule Leibnizplatz in der Zeit von 18:30 Uhr bis 21:03 Uhr

Anwesend: Wolfgang Bielenberg (skBü, DIE LINKE) (bis 19:15), Anita Ipach (skBü, SPD), Christian Kok i.V. (BM, DIE LINKE), Moritz Krönert (skBü, CDU), Marlin Meier (BM, B90/DIE GRÜNEN), Udo Schmitz (BM, SPD), Martina Tallgauer-Bolte (BM, B90/DIE GRÜNEN)

beratend: Anke Maurer (BM, BSW), Colin Nolte (BM, BD) (ab 18:37)

Fehlend: Kai Stührenberg(e), Tim Kliemann, Britta Schmidt

Referent:innen: Herr Berkefeld (SGFV), Frau Carneiro Alves (SGFV), Frau Kodré (SASJI), Herr Peper (Polizei Bremen), Herr Sartoris (Polizei Bremen), Herr Utschakowski (SGFV), Frau Wessolowski-Müller (SIS)

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse sowie interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Viktoria Hochlan (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher; BtM = Betäubungsmittel, CA = Controlling-Ausschuss, FA = Fachausschuss, OA = Ortsamt, OAL = Ortsamtsleitung

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung wird genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 25.04.2024 (Nr. 04/23-27)

Beschluss: Der Protokollentwurf wird ohne Änderungen genehmigt. (einstimmig)

TOP 3. Bürger:innenanliegen

- Herr Kurmis (Vertreter der Bürgerinitiative Hohentorspark, BI) äußert den Wunsch, den Runden Tisch Lucie-Flechtmann-Platz weiterhin beizubehalten. Er äußert, dass dieser nun auf die Situation des Containers am Hohentorspark angewendet werden könne. Das Anliegen wird unter der Debatte zu TOP 4 weiter beraten.

TOP 4. Beschwerdelage Container Hohentorsplatz

Herr Sartoris, Leiter des Polizeikommissariats Süd, erläutert die Situation am Akzeptanzort am Hohentorspark aus polizeilicher Sicht.

Er gibt an, dass die Situation am Container durch die Polizei Bremen mit der gleichen Intensität begleitet werde, wie zuvor die Situation am Lucie-Flechtmann-Platz. Das heiße, die Situation um den Container werde genau beobachtet und, wenn erforderlich, müsse dort ein besonderer Kontrollort eingerichtet werden, der auch verdachtsunabhängige Kontrollen ermögliche. Ebenfalls könne dort mit einer Platzverweiszone gearbeitet werden. Um dies alles einrichten zu können, fehlten jedoch noch aussagenkräftige Zahlen über einen angemessenen Zeitraum.

Eine Bürgerin legt dar, wie die Situation sich für sie darstellt. Sie wohne in der Hohentorsheerstraße mit zwei kleinen Kindern. Seit der Container vor ihrer Tür platziert worden sei, nehme sie viel Drogenhandel im eigenen Haus wahr. Wenn sie den Polizeinotruf kontaktiere, sei sie schon vermehrt an die Nummer 0421-3620 verwiesen worden, mit der Begründung, dass es sich dabei um keinen akuten Notfall handle. Auch habe die Streifenpolizei ihr empfohlen, als sie das Fahrradfahren mit ihrer Tochter in der unmittelbaren Umgebung des Containers geübt habe, diesen Bereich zu meiden.

Ihre dreijährige Tochter sei von Nutzenden des Containers angebettelt worden. Die drogenabhängigen Menschen würden sich mittlerweile nicht nur um den Container aufhalten, sondern verteilen sich auf die gesamten Neustadtswallanlagen und würden sich ebenfalls auf den Spielplätzen aufhalten.

Ihr falle es sehr schwer, ihren Kindern diese Lebensrealität zu erläutern.

Herr Sartoris entgegnet, dass alle Hinweise zum BtM-Handel erfasst würden. Teilweise würden den anzeigenden Bürger:innen die Maßnahmen aus ermittlungstaktischer Sicht nicht direkt mitgeteilt. Der Verweis an die allgemeine Rufnummer der Polizei Bremen scheine eine falsche Einschätzung des Beamten gewesen zu sein. Dennoch würden alle Hinweise bei der Polizei aufgenommen und verarbeitet.

Eine Bürgerin ergänzt, dass die Zahlen, die Statistik, auf die die Polizei sich berufe, um die Situation vor Ort einschätzen zu können, nicht richtig sein könnten. Die Hinweise, die an die allgemeine Rufnummer verwiesen worden seien, würden sicherlich nicht in der Statistik erfasst.

Herr Sartoris gibt an, dass es von vielen Faktoren abhängig sei, was in die Statistik aufgenommen werde. Er versichert, dass jedem Hinweis, der bei der Polizei eingehe, nachgegangen werde.

Eine Bürgerin erläutert, dass ihre Minderjährige Tochter bedrängt und belästigt worden sei. Dies habe sie ebenfalls über den Polizeinotruf gemeldet. Dort sei ihr gesagt worden, dass sie und ihre Tochter, als Anzeigerstatterinnen, mit Klarnamen aufgeführt würden. Aus Angst davor hätten sie keine Anzeige erstattet. Insgesamt hätten alle in der Nachbarschaft Angst und würden daher keine Anzeigen erstatten. Daher könnten die Zahlen, auf die Herr Sartoris sich berufen hatte, nicht aussagekräftig sein.

Herr Sartoris geht darauf ein. Anzeigen seien wichtig für die Aufklärung von Straftaten.

Eine Bürgerin teilt mit, dass sie die Debatte um die Statistik gerne zurückstellen würde. Die Beschreibungen über die Situation vor Ort seien allen Anwesenden bekannt. Weder die Nutzenden des Containers am Hohentorspark, noch die Anwohnenden seien zufrieden mit der Situation. In Fußnähe würden sich zwei Kindertagesstätten, zwei Mädchenhäuser und ein Behindertenwohnheim befinden. Es sei ihr wichtig, dass unabhängig von der Statistik geschaut werde, wie die aktuelle Situation für alle verbessert werden könne.

Eine weitere Bürgerin erkundigt sich nach den Kriterien für die Standortauswahl.

Ein BM teilt mit, dass die Statistik für die Polizeiarbeit ein wichtiger Indikator sei. Dennoch hätten alle Bürger:innen das Recht darauf, nach neun Monaten, die der Container nun am Hohentorspark stehe, gemeinsam die Situation zu reflektieren und gemeinsam nach Lösungen für die schwierige Situation zu suchen.

Eine Bürgerin gibt an, dass ihr bewusst sei, dass die Polizei Streife fahre und dass die Drogenproblematik in Städten allgegenwärtig sei. Ihrer Wahrnehmung nach habe das akute Problem sich jedoch in Richtung Rotes Kreuz Krankenhaus verlagert.

Herr Sartoris bedankt sich für den Hinweis. Wegen der Pöpie sei das Problem dort schon länger bekannt und es hätten ebenfalls Gespräche und Maßnahmen in Abstimmung mit der Leitung des Rotes Kreuz Krankenhauses stattgefunden. Zuletzt sei der Eindruck entstanden, dass die Situation vor Ort sich entspannt habe, daher sei er dankbar für den Impuls.

Ein Bürger fragt nach, ob eines der FA-Mitglieder in der Nähe des Akzeptanzortes wohne. Es sei für ihn der Eindruck entstanden, dass die Politik eine Entscheidung getroffen habe, ohne direkt von den Konsequenzen betroffen zu sein.

Ein FA-Mitglied entgegnet, dass die FA-Mitglieder die Situation sehr gut nachvollziehen könnten. Es sei sich seit über zwei Jahren mit der Thematik befasst worden, da die Szene sich zuvor vermehrt am Lucie-Flechtmann-Platz aufgehalten habe.

Ein ehemaliges BM fasst zusammen, dass die Statistik ein wichtiges Medium für die Polizei sei, um die Situation vor Ort einschätzen und reflektieren zu können. Dafür müssten Anzeigen gestellt werden. Gebe es die Möglichkeit, schriftliche Meldungen an die Polizei abzugeben, um entsprechende Maßnahmen einleiten und die Situation vor Ort reflektieren zu können? Nachvollziehbarerweise hätten die Bürger:innen ein Schutzbedürfnis, dem nachgekommen werden müsse.

Herr Sartoris entgegnet, dass die Polizei auch anonyme Hinweise verwerte. Leider seien jedoch Opfer die wichtigsten Zeugen, weshalb es wichtig sei, Anzeigen zu erstatten. Alle Kolleg:innen seien im Bereich Opferschutz geschult. Auch sei Herr Peper, in seiner Funktion als Kontaktpolizist, wöchentlich vor Ort am Container und kümmere sich um die Beschwerden. Er verstehe die Unzufriedenheit der Anwohnenden. Dennoch versuche die Polizei bestmöglich der Situation vor Ort gerecht zu werden. Die Bürger:innen würden überdies nicht von allen Maßnahmen Kenntnis erlangen, die die Polizei dort durchführe.

Der Vertreter der BI äußert, dass nicht alle Bürger:innen direkt am Hohentorspark wohnen würden und dennoch betroffen seien. In den Anmarschwegen zum Park sei die Kriminalität ebenfalls gestiegen. Er wünsche sich bspw. Fahrradstreifen durch die Polizei, um die Konflikte vor Ort anders wahrnehmen zu können.

Daraufhin erläutert Herr Sartoris, dass, sollte um den Container am Hohentorspark ein besonderer Kontrollort eingerichtet werden, diese Zone weitläufig um den Standort des Containers eingerichtet werde, da der Polizei die weitläufige Verteilung der Kriminalität bekannt sei. Es sei jedoch zu beachten, dass viele Faktoren in die Beschwerdelage einfließen würden. Dabei handele es sich nicht ausschließlich um die Nutzenden des Containers als Verursachende.

Ein Bürger gibt an, dass ihm ständig Fehlerware angeboten werde, sobald er das Haus verlasse. Es sei ihm auch nicht mehr möglich, sich auf seinem Balkon aufzuhalten, da er dort regelmäßig angepöbelt und bedroht werde. Es werde draußen sehr viel rumgeschrien. Nachts könne er wegen des Lärms nicht mehr schlafen. Dort herrsche überdies ständig Unordnung und man finde überall Drogen und Spritzen. Es wurde immer wieder betont, dass es sich bei dem Standort des Containers um eine temporäre Lösung handele. Gebe es schon Pläne, den Container an einen anderen Standort zu verbringen?

Ein weiterer Bürger erläutert eine konkrete Situation, die er nicht habe nachvollziehen können. Einer Frau sei ein Rucksack mit einem darin befindlichen AirTag entwendet worden. Mittels des AirTags habe man den Rucksack zu dem Container am Hohentorspark zurückverfolgen können. Von der daraufhin kontaktierten Polizei sei die Aussage getätigt worden, dass diese sich nicht zum Container begeben werde.

Herr Sartoris teilt mit, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass die Staatsanwaltschaft häufig bei der Verfolgung mittels AirTags keinen Durchsuchungsbeschluss erstelle. Er verweist darauf, dass die Bürger:innen, sollten sie das Verhalten der Polizei nicht nachvollziehen können, immer den Kontakt suchen und nachfragen sollten. Nur durch diese Nachfragen und Hinweise könnte die Situation adäquat aufgearbeitet werden. Ihm sei es wichtig, dass die Bürger:innen nicht das Vertrauen in die Polizeiarbeit verlören.

Ein Bürger betont, dass nicht jede Unordnungserscheinung durch die Nutzenden des Containers verursacht sei. Er nehme häufig wahr, dass dort, auch durch die Nutzenden, aufgeräumt werde.

Der FA-Sprecher teilt mit, dass er in unmittelbarer Nähe des Lucie-Flechtmann-Platzes wohne und daher alle Beschwerden gut nachvollziehen könne. Er entschuldige sich dafür, dass der Eindruck entstanden sei, die Bürger:innen wären an dem Verfahren der Umsiedlung nicht ausreichend beteiligt worden. Die Entscheidung für den Standort habe der Beirat sich nicht leichtgemacht. Fest stehe, dass der Runde Tisch, bei dem regelmäßig auch Behördenvertretende anwesend waren, weiter stattfinden müsse, um die aktuell problembehaftete Situation zu verbessern. Man könne das Problem nicht beiseiteschieben,

sondern müsse sich nun um Lösungen bemühen. Wichtig sei zu betonen, dass der Beirat diese Maßnahmen nicht treffen könne, sondern im ständigen Austausch mit den Behördenvertretenden stehen müsse, um etwas erreichen zu können.

Ein Mitglied der Fraktion B90/DIE GRÜNEN stellt die Frage in den Raum, wie man konstruktiv mit der Situation umgehen könne, dass die drogenkranken Personen vom Hauptbahnhof in die Wohnviertel getrieben würden.

Außerdem erläutert er die Faktoren der Standortauswahl. Die suchtkranken Menschen hätten sich bereits am Lucie-Flechtmann-Platz aufgehalten, weshalb es keine Option gewesen sei, einen Aufenthaltsort am Stadtrand zu suchen, der dann nicht angenommen werden würde. Es sei darum gegangen, einen Ort zu finden, der für die dicht besiedelte Neustadt, möglichst wenig Wohnbebauung, Kindergärten etc. anliegen sei. Daher sei fast nur dieser Ort in Frage gekommen. Er sei auch in öffentlichen Sitzungen mit Anwohnenden debattiert worden. Das Medium eines Runden Tisches habe sich bereits bei der Problematik am Lucie-Flechtmann-Platz erfolgreich etabliert und solle dringend fortgeführt werden. Er spüre die Probleme, die mit der deutlichen Präsenz von drogenerkrankten Menschen einhergingen, auch vor der eigenen Haustür. Dennoch warne er vor der Stigmatisierung. Viele dieser Personen seien erkrankt und hätten schwierige Lebensrealitäten. Und trotzdem würde sich zeigen, dass einige der Nutzenden des Containers Verantwortung für diesen übernehmen würden. Er wünsche sich, dass die Probleme aller dort zusammentreffenden Personen in der Debatte Berücksichtigung finden.

Ein Mitglied von BSW erläutert, dass sie die Zuständigkeit bei den Behörden sehe. Die Drogenproblematik bringe immer Konflikte mit sich. Dennoch sei es an der Zeit, feste Unterkünfte für suchterkrankte Menschen zur Verfügung zu stellen.

Ein weiteres Mitglied von B90/DIE GRÜNEN betont, dass die Bedürfnisse der Anwohnenden ernst genommen würden. Dies sei der richtige Ort für Kritik. Dennoch müsse geschaut werden, wie eine Lösung für die aktuell nicht zufriedenstellende Situation gefunden werden könne. Wichtig sei, den Runden Tisch weiterhin stattfinden zu lassen und auch Anwohnende dazu einzuladen. Überdies müsse es Einrichtungen für suchterkrankte Menschen geben. Dies sei jedoch keine Entscheidung, die beim Beirat liege. Dennoch werde auf allen Ebenen an einer langfristigen Lösung gearbeitet. Dies sei ein langer Prozess.

Die OAL bittet die Behördenvertretenden den Umgang der Behörden mit der Drogenproblematik und der damit einhergehenden Konflikte zu erläutern.

Frau Kodré, Leitung der Abteilung Soziales der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, teilt mit, dass es bereits zwei feste Unterkünfte für suchterkrankte Menschen in Bremen gebe, eine in Hemelingen und eine in Oberneuland. Diese würden allerdings lediglich durch die Personen in Anspruch genommen, die den Weg in die abgelegenen Stadtteile bewältigen könnten.

Bei der Drogenproblematik handele es sich aktuell um ein sehr schnell wachsendes Problem. Daher werde auch nach einer dritten festen Unterkunft im bremischen Stadtgebiet geschaut. Die Standortauswahl sei hierbei sehr schwer, da sich möglichst wenig umliegende Personen gestört fühlen sollten und gleichzeitig sollte die Unterkunft für alle, die sie in Anspruch nehmen wollen würden, gut erreichbar sein. Kurzfristig sei die Betreuung durch Streetworker:innen eine Lösung. Diese könnten jedoch nicht in dem Umfang betreuen, der vor Ort notwendig sei. Erfreulich sei, dass die Arbeit der Streetworker:innen aufgestockt werde. Dennoch decke die Anzahl an Streetworker:innen den aktuellen Bedarf nicht ab und könne auch nicht alle Menschen erreichen.

Es werde durch die Behörde insgesamt die Arbeit der Streetworker:innen und die Übernachtungsmöglichkeiten aufgestockt, fasst Frau Kodré zusammen.

Frau Carneiro Alves, Bereich Suchtkrankenhilfe der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, hat eine Präsentation vorbereitet.

Sie erläutert, dass die Drogenhilfe aktuell sehr auf den Bereich Mitte konzentriert sei. Seit 2018 sei eine starke Drogenproblematik auch in der Neustadt und weiteren Stadtteilen bekannt. Daher sei im September des vergangenen Jahres ein Handlungskonzept zur Drogenhilfestrategie entwickelt worden. Das Ziel

dieses Handlungskonzeptes sei die Wiederherstellung des allgemeinen Sicherheitsgefühls. Auch sollten drogenabhängige Menschen von der Straße geholt werden und entsprechend versorgt und aufgeklärt werden.

Bei der Erstellung des Konzeptes seien viele Senatorische Behörden beteiligt gewesen, um das Konzept möglichst allumfassend umsetzen zu können.

Zu betonen sei, dass alle Angebote, Aufklärung, Schlafmöglichkeiten, medizinische Versorgung, Mahlzeiten, freiwillige Angebote seien, die nicht jeden erreichen würden.

Wichtig für die Evaluation und den Ausbau der Hilfen sei die Zusammenarbeit aller beteiligter Behörden, um gegebenenfalls schnell agieren zu können.

Frau Wessolowski-Müller, Leitung des Referats Sicherheitspartnerschaften des Senators für Inneres und Sport, teilt ergänzend zu den Ausführungen der Polizei mit, dass die Drogenszene sich stark verändere und schnell wachse. Alle beteiligten Behörden würden eng zusammenarbeiten und die Polizei habe bereits gut dargestellt, dass sie alles in ihrer Macht stehende tun würden, um die Situation vor Ort im Griff zu behalten.

Die Innenbehörde könne ergänzend dazu gegen den Eindruck der Verwahrlosung arbeiten. Es würden schon Gespräche mit der Bremer Stadtreinigung geführt, die gerne gegen die Unordnungserscheinungen vorgehen werde. Sollte dies gewünscht sein, bedarf es allerdings etwas Organisation und personeller Ressourcen.

Die OAL ergänzt, dass dieser Hinweis für den neu zu planenden Runden Tisch aufgenommen werde und eröffnet die Fragerunde für die FA-Mitglieder und Bürger:innen.

Ein Mitglied von B90/DIE GRÜNEN bedankt sich bei allen Referierenden für die Ausführungen. Der Beirat habe in seinem [Beschluss vom 07.12.23](#) eine temporäre Lösung durch die Aufstellung eines Containers am Hohentorspark beschlossen. Die aktuelle Sondernutzungserlaubnis gelte bis März 2025. Es sei von Bedeutung, eine feste Einrichtung anzubieten. Dies liege jedoch nicht in der Entscheidungsmacht des Beirates. Sei es realistisch, einen nahtlosen Übergang zu einer dauerhaften Lösung zu erwarten?

Frau Carneiro Alves antwortet, dass erst Gelder für derartige Projekte bereitgestellt würden, wenn die konkreten Zahlen dafür genannt werden könnten. In Zeiten schwieriger Haushaltsverhältnisse müsse sehr gut argumentiert werden, um den Senat zu überzeugen, Gelder für die Installation einer festen Einrichtung bereitzustellen. Sei eine Immobilie gefunden, müsse überdies ein Architektenplan erstellt und eine Baugenehmigung beantragt werden. Sie halte es für nicht realistisch, bis April eine Anschlusslösung bereitstellen zu können.

Ein weiteres Mitglied von B90/DIE GRÜNEN erkundigt sich danach, ob Angebote wie Ruhebereiche, Tagesaufenthaltsmöglichkeiten und Drogenkonsumräume gut angenommen würden und ob derartige Angebote Menschen mit Suchterkrankung tatsächlich von der Straße holen würden.

Frau Carneiro-Alves erläutert, dass die Menschen den Drogenkonsumraum in Mitte bspw. gut annehmen und sich gerne auch länger dort aufhalten würden. Natürlich gebe es auch Menschen, die nicht gerne in Gesellschaft seien. Man könne durch die Angebote nicht alle Menschen abholen, aber sicherlich viele erreichen.

Ein FA-Mitglied der SPD fasst zusammen, wie er die Situation wahrgenommen hat. Es stelle sich problematisch dar, passende Räumlichkeiten für eine dauerhafte Unterkunft zu finden und die Haushaltslage sehe derartige Vorhaben ebenfalls nicht vor. Eventuell sei es eine Möglichkeit, einen Drogenkonsumraum über Mittel des Stadtteilmittels herzustellen. Er bitte das OA, dies zu prüfen.

Außerdem könne man gemeinsam mit den Sozialversicherungsträgern, die für die Versorgung erkrankter Menschen zuständig seien, eine Art Pilotprojekt auf die Beine stellen und gemeinsam die Finanzierung sichern.

Hierauf entgegnet Frau Carneiro Alves, dass über die Behörde der Senatorin für Kinder und Bildung ein reger Austausch mit den Krankenkassen stattfinde. Sie werde den Hinweis gerne mitnehmen.

Ein FA-Mitglied von BSW möchte in Erfahrung bringen, ob die Herrichtung von Containerstandorten einer ebenso langen Planung bedarf, wie die Änderung von Bebauungsplänen bei festen Einrichtungen.

Frau Carneiro Alves erläutert, dass Container ebenfalls einer Infrastruktur, das heißt, Stromanschluss, Wasserversorgung, ebener Untergrund etc. bedürften. Auch müsse eine entsprechende Notfallversorgung durch passende Zufahrtswege gewährleistet sein. Daher sei auch dieser Prozess ein langwieriger.

Ein Mitglied der Fraktion B90/DIE GRÜNEN teilt mit, Gesetz dem Fall, dass eine passende Immobilie gefunden und finanzierbar sei. Bis zu dem Einzug dort müsse die Situation am Hohentorspark weiter begleitet werden. Die aktuellen Maßnahmen seien offensichtlich nicht ausreichend.

Frau Kodré betont, dass die Arbeit der Streetworker:innen gerade um eine halbe Stelle aufgestockt worden sei und nun noch besetzt werden müsse. Dies werde die Probleme in der Neustadt nicht lösen, da die Streetworker:innen nur begrenzte Betreuungsmöglichkeiten hätten. Der Bedarf an Streetwork in allen Stadtteilen sei insgesamt steigend.

Frau Wessolowski-Müller ergänzt, dass bereits auf die zunehmenden Unordnungserscheinungen durch den Umweltbetrieb Bremen reagiert worden sei.

Eine Bürgerin fordert alle FA-Mitglieder und anwesende Behördenvertretende auf, den Container am Hohentorspark spätestens in sieben Monaten beseitigt zu haben. Sie habe viel Expertise über eine komplexe Problemlage vernommen, verstehe jedoch nicht, warum die erläuterten Maßnahmen noch nicht umgesetzt würden.

Ein Bürger erläutert, dass er enttäuscht darüber sei, dass kein Konzept zur Verbesserung der Situation am Container am Hohentorspark vorgestellt worden sei. Er fordere die Politik auf, dringend zu handeln.

Ein:e Bürger:in erkundigt sich danach ob es nicht zielführender sei, das in bisherige Maßnahmen gesteckte Geld in die Einrichtung einer dauerhaften Unterkunft zu investieren.

Ein Bürger teilt mit, dass es sich offensichtlich um eine komplexe Problematik handle in einer schon immer schwierigen Gegend. Er könne nicht nachvollziehen, warum der Container gerade dort hingestellt worden sei. Er habe den Eindruck, dass diese Entscheidung über den Kopf der Anwohnenden hinweg entschieden worden sei. Er könne nachvollziehen, dass die Lösungsfindung sich schwierig gestalte. Dennoch sei es nicht der Job der Bürger:innen, sondern der Politik.

Ein weiterer Bürger teilt mit, dass Bremen von seinem Vorkaufsrecht für Gebäude Gebrauch machen solle, um eine dauerhafte Unterkunft zu finden. Die aktuelle Situation sei für ihn geschäftsschädigend, da die Kunden seines Gastronomiebetriebes mehrmals am Tag durch suchterkrankte Menschen angebettelt werden würden.

Ein Bürger gibt zu bedenken, dass nicht alle betroffenen Personen anwesend seien. Die Nutzenden des Containers am Hohentorspark hätten nicht die Möglichkeit, sich zu äußern. Man müsse alle Interessen und Wünsche bei der komplexen Lösungsfindung berücksichtigen. Er habe verstanden, dass der Beirat hier keine Entscheidung treffen könne. Dies erfordere, dass man immer höhere Instanzen kontaktieren und für die Wünsche eintreten müsse. Die Lösung könne schließlich nicht sein, ein Problem immer in den nächsten Stadtteil zu schieben.

Ein ehemaliges BM äußert, dass der Runde Tisch organisiert und von möglichst vielen Personen wahrgenommen werden solle, um alle Interessen einbeziehen zu können. Er sehe die Politik in der Pflicht, die notwendigen finanziellen Mittel zur Einrichtung einer festen Unterkunft bereitzustellen.

Alles Organisatorische ließe sich im Rahmen des Runden Tisches abklären.

Der Vertreter der BI fragt, ob schwer erkrankte Menschen sich freiwillig in stationäre Behandlung begeben würden und ob diese Möglichkeit den Menschen angeboten würde.

Frau Carneiro Alves gibt an, dass es die Aufgabe der Wohnhilfe sei, diese Angebote zu unterbreiten. Dennoch handle es sich immer um freiwillige Angebote, die nicht von allen erkrankten Personen angenommen würden.

Ein BM fasst zusammen, dass während dieser FA-Sitzung gut miteinander kommuniziert worden sei und dass dies erst den Anfang darstelle. Er sehe den Beirat in der Pflicht, sich um eine Lösung für die Zeit nach dem Auslaufen der Sondernutzungserlaubnis am Hohentorspark zu bemühen.

Eine Bürgerin erkundigt sich, ob die Zahlen der Statistik bereits ausreichend wären, um die Situation vor Ort einschätzen zu können oder ob zahlreiche weitere Anzeigen gestellt werden müssten.

Herr Sartoris erläutert, dass die Zahlen aktuell noch keine konkrete Einschätzung zulassen würden. Die Situation würde jedoch täglich betrachtet werden und sollte ein besonderer Kontrollort eingerichtet werden, werde dieser sich nicht ausschließlich auf den unmittelbaren Nahbereich um den Container am Hohentorspark beschränken.

Eine Bürgerin beschwert sich, dass die Neustadt dem Problem selbst überlassen werde. Der Beirat könne diesbezüglich keine Entscheidung treffen und die Politik ruhe sich auf der temporären Lösung aus.

Frau Carneiro Alves erläutert, dass die Behörden in sämtliche Entscheidungen den Beirat und die Öffentlichkeit einbeziehen werde. Dieser Prozess lasse sich nur gemeinschaftlich bewältigen. Sie nehme gerne Vorschläge für passende Gebäude entgegen. Dennoch handele es sich um einen langen Prozess. Sie könne durchaus nachvollziehen, dass es schwer auszuhalten sei, keine konkrete Zeitangabe genannt zu bekommen.

Herr Osterkamp meldet sich in seiner Funktion als BS zu Wort. Er bedanke sich für die respektvolle Debatte. Es sei nicht die Intention des Beirates gewesen, den Anwohnenden ein Problem vor die Tür zu setzen. Alle beteiligten Personen aus Politik und Verwaltung würden sich viel Mühe geben, um eine passende Lösung zu finden. Den Containerstandort einfach abzubauen führe jedoch nicht dazu, dass die suchterkrankten Menschen sich nicht mehr dort aufhalten würden sondern sich auf Spielplätze, Hinterhöfe, Garagenanlagen etc zurückziehen würden und dann auch nicht mehr durch Sozialarbeit erreicht werden könnten. Es tue ihm leid, dass das durch den Beirat gewählte Verfahren zur Standortsuche die Bürger:innen nicht genug mitgenommen habe. Der Container am Hohentorspark sei dennoch das Beste, was der Beirat mit seinen Mitteln habe erreichen können und diese Lösung sei offensichtlich nicht gut genug. Er wünsche sich daher viel Austausch, um gemeinsam ein Vorgehen erarbeiten zu können.

Abschließend teilt die OAL mit, dass die Termine für den Runden Tisch im Koordinierungsausschuss besprochen und dann dem Sprecher der BI, Herrn Kurmis, mitgeteilt wurden, der diese dann weitergebe. Man freue sich auf eine rege Teilnahme.

Es wird eine zehnminütige Pause eingelegt.

TOP 5. Berichte von Fachausschussmitgliedern und aktuelles aus den Einrichtungen

- Eine Sprecherin des Regionalausschusses Klinikum Links der Weser teilt mit, dass vor der Sommerpause noch eine Sitzung stattgefunden habe. Näheres dazu und zum laufenden Prozess werde sie in der nächsten öffentlichen Sitzung des Beirates berichten.

TOP 6. Berichte des Amtes

- Die OAL teilt mit, dass die CA-Restmittel für 2024, laut Mitteilung des Amtes für Soziale Dienste, im Umlaufverfahren mit der bereits bekannten und vorgeschlagenen Verteilung in Kraft gesetzt wurden. Daher sei keine gesonderte Befassung mehr angedacht.
Ein Mitglied des CA erläutert, dass die Beratung über die Mittelverteilung noch nicht abgeschlossen sein. Er empfehle dem Beirat und FA jedoch keine weitere Befassung und sich auf die Mittelverteilung für 2025 zu konzentrieren.

Alle FA-Mitglieder sehen eine weitere Befassung als nicht notwendig an.

- Die OAL berichtet von einem Sondernutzungsantrag des Landesverband freie darstellende Künste Bremen e.V. für die Aufstellung von Werbefahnen im Rahmen der Langen Nacht der Bühnen am 21.09.24. Insgesamt sollten, laut Antrag, die Fahnen vom 12.09.24 bis zum 23.09.24 an diversen Standorten in Bremen aufgestellt werden. In der Neustadt seien die Friedrich-Ebert-Straße, der Neustadtswall und der Buntentorsteinweg betroffen. Er bitte um Kenntnisnahme durch die FA-Mitglieder.
Die FA-Mitglieder nehmen den Antrag zur Kenntnis.

TOP 7 Verschiedenes

- ./.

Udo Schmitz
Ausschusssprecher

Uwe Martin
Vorsitz

Viktoria Hochlan
Protokoll